



Kantonsrat

Sitzung vom: 1. Dezember 2015, nachmittags

Protokoll-Nr. 449

Nr. 449

**Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2016–2019; Bericht und Entwürfe von Kantonsratsbeschlüssen (B 18)
- Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2016 des Kantons Luzern.
Beginn Detailberatung**

Der Rat nimmt die an der Vormittagssitzung vom 1. Dezember 2015 unterbrochene Beratung des Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2016-2019 wieder auf.

H2-3200–Volksschulbildung

Monique Frey, Adrian Nussbaum und Jacqueline Mennel stellen den folgenden Antrag: "Das Globalbudget Volksschulbildung ist um 144'000 Franken zu erhöhen.

(Frey: Streichung Erhöhung Unterrichtsverpflichtung an den Sonderschulen / Nussbaum: Vorläufiger Verzicht auf Erhöhung Unterrichtsverpflichtung Sonderschulen. Umfassende Prüfung bei allen Schulen und im kantonalen Vergleich im KP 17 / Mennel: Auf die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung an den Sonderschulen soll verzichtet werden.)"

Markus Baumann stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget ist um 72'000 Franken zu erhöhen. *(Die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen in den Sonderschulen soll um 0.5 nicht um 1 Lektion vollzogen werden.)"*

Monique Frey erklärt, die Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen im Bereich der Sonderschulen solle erhöht werden. Heilpädagogen, die integrativ schulten, seien dabei nicht gemeint. Die Lehrpersonen seien zwar am gleichen Ort angestellt, aber zu unterschiedlichen Bedingungen. Gerade bei den Sonderschulen seien in den letzten Jahren verschiedenste Sparmassnahmen umgesetzt worden. Die Lektionenzahl sei abgebaut worden, die Klassen seien optimiert worden indem man etwa den Halbklassenunterricht abgeschafft habe, Individualförderungen seien gestrichen worden und die Mittagsbetreuung hätte durch Lehrpersonen übernommen werden müssen. Bereits 2014 habe man die Heilpädagogische Schule Emmen geschlossen, ein Jahr früher als ursprünglich geplant. Nun versuche man auch noch bei den Lehrpersonen Einsparungen vorzunehmen. Die Grüne Fraktion lehne das klar ab. Diese Lehrpersonen würden eine sehr wichtige Funktion übernehmen und viel Präventionsarbeit leisten.

Adrian Nussbaum äussert sich zu den Anträgen 19, 25 und 30. Bei allen drei Anträgen gehe es darum, auf die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung zu verzichten. Der Rat habe gestern den Regierungsrat damit beauftragt, die Lektionenerhöhung anlässlich des Konsolidierungsprogrammes 201717 zu überprüfen. Zudem solle eine Arbeitszeiterhöhung beim übrigen Personal geprüft werden. Konsequenterweise müsse jetzt auf eine Erhöhung Unterrichtsverpflichtungen verzichtet werden. Man könne die Unterrichtsverpflichtung nicht plötzlich um eine halbe oder ganze Lektion erhöhen. Es handle sich dabei um eine Arbeitszeiterhöhung und einen Personalabbau. Bei den Gymnasien würden durch diese Massnahme 52 Stellen abgebaut. Er verstehe nicht, wie der Rat diese Massnahme mittragen könne. Die CVP-Fraktion werde alle Erhöhungen der Unterrichtsverpflichtung ablehnen.

Jacqueline Mennel findet es sei ein Geschenk, wenn man an einer Sonderschule arbeiten könne. Nirgendwo sonst im Schulbereich habe man so unmittelbar mit Kindern mit speziellen Bedürfnissen oder Auffälligkeiten zu tun. Der Beruf einer Sonderschullehrperson sei durch die immer komplexer werdenden Fälle immer anspruchsvoller worden. Die Arbeitsbelastung sei immer mehr gestiegen. Die komplexer werdenden Fälle würden gute Absprachen zwischen den Lehrpersonen untereinander und den Eltern bedingen. Dazu brauche man neben

dem Unterricht Zeit. Durch eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung fehle diese Zeit. Man solle deshalb die Unterrichtsverpflichtung nicht erhöhen.

Markus Baumann äussert sich zu den Anträgen 19, 20, 29 und 30. Die Regierung wolle die Unterrichtsverpflichtung bei den Sonderschulen, der Gymnasialbildung und der Berufs- und Weiterbildung erhöhen. Die GLP schlage im Sinne eines Kompromisses vor, die Unterrichtsverpflichtung in diesen drei Bereichen nur um eine halbe Lektion zu erhöhen. Sie seien sich bewusst, dass die vorgeschlagene Angleichung der Pensenerhöhung und generell ein Vergleich zwischen Sonderschule, Gymnasium und Berufsschule ohne fundierte Grundlagen nicht redlich sei. Die verschiedenen Anforderungen, Arbeitsbelastungen und erbrachten Leistungen seien zu verschieden. Darum sei eine ganzheitliche Auslegung notwendig auch unter Einbezug der Volksschule. Für die GLP sei es wichtig, dass am dieser Debatte ein gesetzeskonformes Budget verabschiedet werden könne. Die GLP-Fraktion unterstützte die Antrag 20 und 29 und lehne die Anträge 19, 25 und 30 ab.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, beide Anträge seien der PFK vorgelegen. Die PFK habe dem Antrag 20 von Markus Baumann mit 9 zu 8 Stimmen entsprochen.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann beide Anträge ab. Es liege eine Ungleichbehandlung der Lehrpersonen vor sei ausgeführt worden. Man werde aber nie eine gleichberechtigte für alle Lösung finden können.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat den Antrag von Monique Frey, Adrian Nussbaum und Jacqueline Mennel mit 58 zu 52 Stimmen dem Antrag von Markus Baumann vor.

In der definitiven Abstimmung stimmt der Rat dem Antrag von Monique Frey, Adrian Nussbaum und Jacqueline Mennel mit 61 zu 48 Stimmen zu.

Monique Frey stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget ist um 530'000 Franken zu erhöhen. *(Auf die Streichung der Kantonsbeiträge an private Volksschulen soll verzichtet werden.)*"

Monique Frey sagt, private Volksschulen stellten eine Ergänzung zu den öffentlichen Schulen dar. Die Grüne Fraktion möchte die öffentliche Schule dabei unterstützen, dass sie ihr Angebot ausbauen und den Kindern eine gute Bildung ermöglichen könne. Deshalb habe sie entsprechend viele Anträge gestellt, um die Sparmassnahmen zu Ungunsten der Volksschule rückgängig zu machen. Hier gehe es aber um die Privatschulen. Es seien nicht nur reiche Eltern, die ihre Kinder an solche Schulen schicken würden. Private Volksschulen würden immer wieder Kinder aufnehmen, die an der öffentlichen Schule keinen Platz finden würden. Damit die privaten Volksschulen dies weiter tun könnten, würden sie die Unterstützung des Kantons benötigen. Die Elternbeiträge allein würden nicht ausreichen. Im Budget 2012 seien bei den privaten Schulen bereits 400'000 Franken gestrichen worden. Für das Budget 2016 solle nun der gesamte Beitrag gestrichen werden. Damit verunmögliche man eine Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen und privaten Schulen.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK nicht vorgelegen.

Inge Lichtsteiner lehnt den Antrag im Namen der CVP-Fraktion ab. Die CVP anerkenne zwar die Leistungen der privaten Volksschulen. Der gesetzliche Auftrag zur Leistungserbringung liege jedoch beim Kanton. Der Kanton verfüge über ein gutes Schulangebot.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Es handle sich hier um freiwillige Beiträge. Angesichts der finanziellen Situation müssten diese nun gestrichen werden.

Der Rat lehnt den Antrag von Monique Frey mit 91 zu 22 Stimmen ab.

H2-3300-BKD-Gymnasiale Bildung

Die PFK stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget sei um 400'000 Franken zu erhöhen. *(Auf die Erhöhung der Elternbeiträge in der postobligatorischen Schulzeit von aktuell 465 Franken und 300 Franken soll verzichtet werden.)*"

Markus Baumann zieht seinen Ablehnungsantrag zurück.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei von der PFK mit 9 zu 8 Stimmen überwiesen worden.

Der Rat stimmt dem Antrag der PFK mit 60 zu 51 Stimmen zu.

Monique Frey, Inge Lichtsteiner und Jacqueline Mennel stellen den folgenden Antrag: "Das Globalbudget Gymnasiale Bildung ist um 450'000 Franken zu erhöhen. (*Frey und Mennel: keine Anpassung Subventionierung des freiwilligen Instrumentalunterrichts / Lichtsteiner: Auf die Anpassung der Subventionierung des freiwilligen Instrumentalunterrichts wird verzichtet.*)"

Monique Frey sagt, die Anpassung der Subventionierung des Instrumentalunterrichtes sei nicht nur für sie, sondern auch für den Verband der Luzern Schülerorganisationen inakzeptabel. In ihrer Petition fordere dieser klar, dass das Schulgeld nicht erhöht, die zusätzliche Ferienwoche nicht eingeführt und die Subventionierung des Instrumentalunterrichts nicht zu Ungunsten der Schüler geändert werde. Der Instrumentalunterricht sei eine gute Ergänzung zu den Schulfächern. Streiche man diese Subventionierung noch weiter, könnten noch weniger Kinder den Instrumentalunterricht besuchen.

Inge Lichtsteiner erklärt, der CVP-Fraktion werde die Belastung für die Familien und den Mittelstand zu hoch. Möchten in einer Familie mehrere Kinder den Instrumentalunterricht besuchen, stelle das einen massiven finanziellen Aufwand dar, der schwierig zu erbringen sei.

Jacqueline Mennel kann sich den Voten ihrer Vorrednerinnen anschliessen. Dem Kanton Luzern sei die musikalische Bildung wichtig. Es müsse allen Kindern möglich sein, in ihrer Freizeit den Musikunterricht zu besuchen.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK vorgelegen und mit 9 zu 8 Stimmen abgelehnt worden.

Markus Baumann erklärt, gestern sei die Bemerkung, auf Anpassung der Subventionen des freiwilligen Instrumentalunterrichts 2017 bis 2019 sei zu verzichten, überwiesen worden. Die GLP habe diese Bemerkung nicht überwiesen. Es gehe ihr dabei um eine Gleichbehandlung der Kantonsschüler und der Musikschüler der Gemeinden. Ihrer Meinung nach brauche es eine Strukturbereinigung in der Luzerner Musikschulen Landschaft. Eine Annäherung der Kantonsschulen und der kommunalen Musikschulen sei notwendig. Dafür seien Anreize zu schaffen, es brauche eine Vereinfachung der Strukturen, um die vorhandenen Mittel effizient und effektiv einsetzen zu können. So könne das im Verfassungsartikel definierte Ziel des Bundes erreicht werden, die musikalische Bildung insbesondere von Kindern und Jugendlichen zu stärken und in den Schulen einen hochwertigen Musikunterricht zu leisten. Mit der Überweisung der Bemerkung für die Planjahre 2017–19 werde diese Absicht der GLP teilweise verwehrt. Eine Sparübung von einem Jahr erziele keine nachhaltige Wirkung und sei inhaltlich wenig sinnvoll.

Erich Leuenberger versteht nicht, warum im Zusammenhang mit dem Besuch der Musikschule der Begriff familienfeindlich verwendet werde. In seiner Gemeinde werde Familien, denen es nicht möglich sei für den Instrumentalunterricht ihrer Kinder selber aufzukommen, Unterstützung angeboten.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Der Rat stimmt dem Antrag von Monique Frey, Inge Lichtsteiner und Jacqueline Mennel mit 55 zu 54 Stimmen zu.

Monique Frey, Jacqueline Mennel und Adrian Nussbaum stellen den folgenden Antrag: "Das Globalbudget Gymnasiale Bildung ist um 687'500 Franken zu erhöhen. (*Frey: Streichung Erhöhung Unterrichtsverpflichtung an den Gymnasien / Mennel: Auf die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen soll verzichtet werden.*)"

Monique Frey erklärt, es sei ein Benchmark dazu gemacht worden, warum man beim Gymnasium die Unterrichtsverpflichtung um eine halbe Stunde erhöhen wolle. Es seien aber noch weitere Informationen notwendig. Nebst der Unterrichtsverpflichtung müssten die Lehrpersonen an Sitzungen und Weiterbildungen teilnehmen und es kämen Projektarbeiten dazu.

Durch diese Kürzung komme es zu einem Abbau bei den Lehrkräften. Mit einem Vollzeitpensum müsse man für den gleichen Lohn mehr arbeiten. Damit gehe auch die Motivation verloren. Es sei schwierig, die Löhne der Luzerner Gymnasiallehrpersonen mit anderen Inner-schweizer Kantonen zu vergleichen, da keine wirklich verwertbaren Informationen dazu vorlägen. Es sei jedoch klar, dass die Löhne vergleichsweise tief seien. Deshalb solle man auf den geplanten Sparbeitrag verzichten.

Jacqueline Mennel sagt, die Gymnasien hätten in den letzten Jahren keine Kostensteigerung verzeichnet. Im Gegenteil, sie seien immer von Sparmassnahmen getroffen worden. Verglichen mit anderen Kantonen hätten die Lehrpersonen jetzt schon eine höhere Unterrichtsverpflichtung und weniger Lohn. Deshalb würden junge Lehrkräfte nach zwei bis drei Jahren

Schulerfahrung im Kanton Luzern in andere Kantone abwandern, was zu einem ein grosser Ressourcenverschleiss führe.

Adrian Nussbaum unterstützt den Antrag im Namen der CVP-Fraktion. Die Begründung dazu habe er bereits unter Antrag 20 geliefert.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK vorgelegen und mit 9 zu 8 Stimmen abgelehnt worden.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Man spreche hier von einer Erhöhung um eine halbe Stunde. Er möchte wissen, weshalb ein Gymnasiallehrer deshalb demotiviert sein solle. Er anerkenne die Leistungen, welche die Lehrer neben dem Unterricht leisten würden. Ihre Hauptaufgabe sollte aber beim Unterrichten bleiben. Eine zusätzliche halbe Stunde sei nicht zu viel verlangt.

Monique Frey erwidert, es gehe nicht nur um eine zusätzliche halbe Stunde, sondern darum, dass in den letzten Jahren vermehrt zusätzliche Anforderungen an die Gymnasiallehrpersonen gestellt worden seien. Dabei denke sie zum Beispiel an die Klassenoptimierungen.

Der Rat stimmt dem Antrag von Monique Frey, Jacqueline Mennel und Adrian Nussbaum mit 58 zu 56 Stimmen zu.

Monique Frey, Markus Baumann und Andy Schneider stellen den folgenden Antrag: "Das Globalbudget sei um 2'200'000 Franken zu erhöhen. *(Auf die Pensenreduktion infolge Verkürzung des Schuljahres um eine Woche soll verzichtet werden).*"

Monique Frey findet, es handle sich hier um einen weiteren Antrag, den die Gymnasiallehrpersonen und die Schüler einfach so hinnehmen müssten. Eine Woche Ferien sei doch locker. Wie solle der Stoff dieser Woche nachgeholt werden? Es sei die Rede von selbstorganisiertem Lernen gewesen. Bei dieser Sparmassnahme handle es sich um eine Lohnkürzung, das Pensum werde reduziert, aber der Arbeitseinsatz der Lehrpersonen bleibe gleich. Die Schülerorganisationen seien gegen diese Sparmassnahme, sie würden es fahrlässig finden, auf weitere Unterrichtsstunden verzichten zu müssen.

Markus Baumann äussert sich auch gleich zum nachfolgenden Antrag. Gestern sei die Bemerkung überwiesen worden, wonach auf eine Pensenreduktion infolge Verkürzung des Schuljahres um eine Woche in den Jahren 2017–19 zu verzichten sei. Er könne sich dem Votum von Monique Frey anschliessen. Es sei weder nachhaltig noch sinnvoll, das kommende Schuljahr um eine Woche zu verkürzen. Auf die Verkürzung des Schuljahres um eine Woche solle verzichtet werden.

Andy Schneider erinnert daran, dass die Kürzung des Schuljahres um eine Woche vor einem Jahr abgelehnt worden sei. Nun solle eine solche Kürzung doch möglich sein. Hätten sich die Bedenken vom letzten Jahr aufgelöst? Die Bildung im Kanton Luzern falle der Steuerstrategie zum Opfer. Eine Woche Zwangsferien bedeute eine Woche weniger Unterrichtszeit. Welche Zeichen sende man damit an die Bevölkerung? Im Vorfeld sei zu hören gewesen, dass eine Woche angesichts eines Langschuljahres zu verkraften sei. Es handle sich dabei um eine lapidare Erklärung. Die Zeche für diese Massnahme würden die Schüler mit dem Verlust von Unterrichtszeit bezahlen. Auch wichtigen Mint-Fächer seien vom Unterrichtsausfall betroffen. Anstatt die unterdurchschnittlichen Löhne der Gymnasiallehrpersonen anzuhoben, würden sie um 2,2 Prozent gekürzt. Das sei ein Affront und nicht akzeptabel. Die Rekrutierung von Lehrpersonen werde verunmöglicht und ihre Motivation aufs Äusserste strapaziert. Die jungen Menschen im Kanton Luzern würden eine gute Bildung verdienen, dazu brauche es auch die notwendigen Mittel. Er glaube nicht daran, dass diese Massnahme auf ein Jahr befristet sein solle. "Luzern macht Schule", so laute das Motto des Regierungspräsidenten 2015. Er zitiere: "Der Kanton bietet in vielen Bereichen erstklassige Leistungen und setzt Massstäbe." Das Resultat sei ernüchternd.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK vorgelegen und mit 14 zu 3 Stimmen abgelehnt worden.

Adrian Nussbaum äussert sich auch gleich zum nachfolgenden Antrag. Die CVP-Fraktion lehne beide Anträge ab. Die CVP unterstütze die Verkürzung des Schuljahres im Voranschlag 2016. Es mache ihm etwas Mühe, die Begründung dazu zu liefern. Bei den sogenannten Zwangsferien spare man an einem Ort, an dem man eigentlich nicht sparen dürfte, bei der Bildung im engsten Sinn, bei Schulstunden. Bei dieser Massnahme handle es sich um einen Schildbürgerstreich. Dennoch erachte die CVP diese Massnahme im Hinblick auf das Budget 2016 als vertretbar. Vertretbar darum, weil es von allen schlechten Massnahmen, welche die Bildung betreffen würden, noch die Vertretbarste sei. Sie habe den Vorteil, dass

sie kurzfristig wirke und nur einmalig sei. Die CVP sei sich bewusst, dass die Regierung im Sommer 2016 in einer aussergewöhnlichen Situation befunden habe, insbesondere wegen der fehlenden NFA-Gelder. Ungewöhnliche Situationen erforderten ungewöhnliche Massnahmen. Trotzdem werde die CVP einer Zwangsferienwoche kein zweites Mal zustimmen. Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Gestern sei der entsprechende AFP-Antrag mit der Begründung abgelehnt worden, dass es einen Pensenüberhang gebe. Dieser Pensenüberhang sei einmalig und werde 2016 abgebaut. Die Mint-Problematik werde durch diese Massnahme weder ver- noch entschärft. Er kenne viele Schüler, die sehr wohl wüssten, was sie mit einer zusätzlichen Ferienwoche anfangen würden. Im Kanton Luzern werde an einem Gymnasium seit Jahren nur während 37 Schulwochen unterrichtet, diese Schüler seien deswegen nicht weniger gebildet. Der Rat lehnt den Antrag von Monique Frey, Markus Baumann und Andy Schneider mit 84 zu 26 Stimmen ab.

H2-3400-BKD–Berufs- und Weiterbildung

Michael Töngi, Markus Baumann und Andy Schneider stellen den folgenden Antrag: "Das Globalbudget sei um 1'800'000 Franken zu erhöhen. *(Auf die Pensenreduktion infolge Verkürzung des Schuljahres um eine Woche soll verzichtet werden.)*"

Andy Schneider erklärt, der Kanton Luzern halte die Berufsbildung sehr hoch. Seit Jahren werde von allen Seiten auf die grosse Bedeutung der globalen Bildung hingewiesen. Man mache mit unserem Ausbildungssystem sogar Werbung im Ausland, der Wohlstand unseres Landes hänge in grossem Masse davon ab. Die Berufsbildung habe bereits in den Jahren 2013–15 grosse Kosteneinsparungen hinnehmen müssen. Das habe zu tieferen Löhnen von drei bis zu acht Prozent geführt. Andererseits sei die Arbeitsbelastung massiv erhöht worden. Im AFP werde die Berufsbildung erneut von noch grösseren Sparmassnahmen betroffen sein. Die Reduktion der Unterrichtszeit um eine Woche sei nicht gesetzeskonform. Für die Ausbildung an den Berufsschulen würden bundesrechtlich geregelte gesetzliche Bestimmungen gelten. Die festgelegte Lektionenzahl sei zwingend. Der Kanton Luzern verstosse mit dieser Massnahme gegen übergeordnetes Bundesrecht. Die Reaktionen der Verbände und der Direktbetroffenen würden von Jahr zu Jahr stärker. Die Auswirkungen seien in vielen Fällen noch nicht absehbar. Diese Massnahme werde die Qualität drastisch reduzieren. Das Klima an den Berufsschulen werde sich weiter verschlechtern, die Lehrpersonen würden sich nach neuen Stellen umschaun, dadurch gehe viel Knowhow verloren. Die schwächeren Schüler würden zunehmend unter Druck geraten, weil eine individuelle Betreuung nicht mehr gewährleistet sei. Das führe zu weiteren Folgekosten.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK vorgelegen und mit 14 zu 3 Stimmen abgelehnt worden.

Der Rat lehnt den Antrag von Michael Töngi, Markus Baumann und Andy Schneider mit 84 zu 27 Stimmen ab.

Die PFK stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget sei um 242'500 Franken zu erhöhen. *(Auf die Schliessung der Fachklasse Grafik soll verzichtet werden.)*"

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, die PFK habe sehr intensiv über das Globalbudget der Fachschule diskutiert. Sie empfehle mit 9 zu 8 Stimmen, das Globalbudget entsprechend zu erhöhen.

Der Rat stimmt dem Antrag der PFK mit 79 zu 34 Stimmen zu.

Markus Baumann zieht seinen folgenden Antrag zurück: "Das Globalbudget ist um 609375 Franken zu erhöhen. *(Die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen soll um 0.5 nicht um 1 Lektion vollzogen werden.)*"

Jacqueline Mennel, Adrian Nussbaum und Monique Frey stellen den folgenden Antrag: "Das Globalbudget sei um 1'218'750 Franken zu erhöhen. *(Auf die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen soll verzichtet werden.)*"

Jacqueline Mennel erklärt, an den Berufsschulen sei die Entlastungsektion der Klassenlehrpersonen anlässlich Leistungen und Strukturen I gestrichen worden. Seither sei diese Arbeitszeit weder ausgeglichen noch bezahlt worden. Berufsschullehrer hätten eine sehr wichtige Funktion in unserem dualen Bildungssystem. Erhöhe man die Unterrichtsverpflichtung

erneut, bleibe für die Betreuung der Lernenden noch weniger Zeit. Auch der Austausch unter den Lehrpersonen bleibe auf der Strecke.

Adrian Nussbaum findet, wenn man auf eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung an den Gymnasien verzichte, sollte man das auch im Bereich der Berufs- und Weiterbildung tun.

Monique Frey schliesst sich den Voten ihrer beiden Vorredner an.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, sowohl dieser wie auch der vorangehende Antrag seien der PFK vorgelegen. Die beiden Anträge seien einander gegenübergestellt worden, dabei habe der Antrag von Markus Baumann obsiegt. Der obsiegende Antrag sei aber in der Zwischenzeit zurückgezogen worden.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab.

Diese Kürzung liege durchaus im Rahmen.

Der Rat stimmt dem Antrag von Jacqueline Mennel, Adrian Nussbaum und Monique Frey mit 61 zu 51 Stimmen zu.

Monique Frey und Ylfete Fanaj stellen den folgenden Antrag: "Das Globalbudget ist um 80'000 Franken zu erhöhen. *(Auf die Kürzung der Beiträge an die allgemeine Weiterbildung [u.a. Volkshochschulen] soll verzichtet werden.)*"

Monique Frey erklärt, diese Kürzung betreffe vor allem die Volkshochschulen in den Gemeinden. Diese Beiträge seien bereits 2015 gekürzt worden, nun sollten sie sogar ganz wegfallen. Damit nehme man in Kauf, dass etliche Volkshochschulen schliessen müssten. Die Volkshochschulen würden auf Freiwilligenarbeit basieren und eine breite Bevölkerungsschicht ansprechen.

Ylfete Fanaj sagt, im Kanton Luzern existierten 16 Volkshochschulen. Die vielfältigen niederschweligen Weiterbildungsangebote würden rege genutzt. Ein wichtiges Angebot sei die Bekämpfung des Illittrismus. Die Pauschale, die der Verband Luzerner Volkshochschule erhalten habe, sei bereits 2014 gekürzt worden. 2015 seien hätten die Volkshochschulne gerade noch 47000 Franken erhalten. Die Volkshochschule werde nächstes Jahr ihr 70-Jahr-Jubiläum feiern.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK nicht vorgelegen.

Inge Lichtsteiner lehnt den Antrag im Namen der CVP-Fraktion ab.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab.

Bei den Volksschulen handle es sich um ein Weiterbildungsangebot. Die Fachhochschule zum Beispiel müsse die Weiterbildung auch selbsttragend organisieren.

Der Rat lehnt den Antrag von Monique Frey und Ylfete Fanaj mit 90 zu 21 Stimmen ab.

Die PFK stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget sei um 625'000 Franken zu erhöhen. *(Auf die Reduktion des Lektionenbeitrags für Vorbereitungskurse zu eidg. Berufsprüfungen und höheren Fachprüfungen um 33% (von 9 auf 6 Franken) sei zu verzichten.)*"

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, gestern habe der Rat das Postulat P 49 von Urs Dickerhof zum selben Thema einstimmig überwiesen. Deshalb müsse man diesem Antrag konsequenterweise zustimmen.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Der Antrag verlange eine Budgeterhöhung. Da es aber in der Zwischenzeit eine andere Finanzierungsform gebe, sei diese Erhöhung nicht notwendig. Bis jetzt seien die Schulen bezahlt worden. Für alle, die ihren Abschluss im Jahr 2018 machten, werde der Bund bei erfolgreichem Abschluss rückwirkend den Schüler finanzieren. Für alle Kurse, die spätestens im Kalenderjahr 2017 fertig seien, werde die Schule finanziert. Dafür entfalle die Zahlung an die Schule für jene Kurse, die 2018 enden würden. Hier bezahle ja der Bund rückwirkend. Urs Dickerhof sagt, er habe den Vorstoss aufgrund der geplanten Kürzung eingereicht. Er möchte vom Finanzdirektor wissen, ob das Budget so eingestellt worden sei, dass bei den aktuellen Lehrgängen keine Kürzungen vorgenommen werden müssten.

Im Namen des Regierungsrates sagt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann, das Budget sei so eingestellt, dass alle bezahlt werden könnten. Die Finanzierungsmodalität sei geändert worden, darum könne mit dem reduzierten Budget weitergearbeitet werden. Für die Studierenden, die im Jahr 2018 abschliessen würden, müsse der Kanton nichts bezahlen, da der Bund diese Kosten rückwirkend übernehme. Das Postulat P 49 von Urs Dickerhof habe aber wesentlich zur Klärung der Situation beigetragen.

Der Rat lehnt den Antrag der PFK mit 90 zu 19 Stimmen ab.

Die PFK stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget sei um 73'000 Franken zu erhöhen. *(Auf eine Erhöhung des Schulgeldes im volksschulischen Angebot wird verzichtet.)*"

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei von der PFK mit 9 zu 8 Stimmen überwiesen worden.

Der Rat stimmt dem Antrag der PFK mit 61 zu 50 Stimmen zu.

H2-3500-BKD–Hochschulbildung

Die PFK stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget sei um 350'000 Franken zu erhöhen. *(Der Konkordatsrat der Fachhochschule Zentralschweiz stimmte einer Kürzung des Trägerschaftsbeitrages nicht zu. Folglich kann diese Sparmassnahme nicht umgesetzt werden.)*"

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei von der PFK mit 9 zu 8 Stimmen überwiesen worden.

Der Rat stimmt dem Antrag der PFK mit 70 zu 43 Stimmen zu.

Monique Frey stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget ist um 820'000 Franken zu erhöhen. *(Auf die Kürzung des Trägerschaftsbeitrages an die Universität Luzern soll verzichtet werden.)*" Die Grüne Fraktion fordere, dass sich auch die Universität wie im Planungsbericht vorgesehen entwickeln könne.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK nicht vorgelegen.

Adrian Nussbaum lehnt den Antrag im Namen der CVP-Fraktion ab.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab.

Es handle sich um eine vertretbare Kürzung, da sich das Wachstum der Studierenden etwas verzögert habe.

Der Rat lehnt den Antrag von Monique Frey mit 86 zu 22 Stimmen ab.

H3-3502-BKD–Kultur und Kirche

Beat Züsli stellt den folgenden Antrag: "Die Kürzung des Subventionskredits der Denkmalpflege ist zu halbieren (0.5 statt 1 Mio. Fr.) und auf die Kürzung des Personalkredits um 6 Prozent ist zu verzichten." Der Kanton Luzern wolle im Bereich Denkmalpflege die Beiträge von 3,4 Millionen Franken auf 2,4 Millionen Franken kürzen. Die Beiträge an die Denkmalpflege seien schon mehrfach gekürzt worden. Diese Million werde nicht etwa eingespart, sondern für den Aufbau der neuen Theaterinfrastruktur verwendet. Es bleibe nur noch wenig Geld zur Pflege der alten Kulturgüter übrig. Der Kanton verhalte sich im Bereich Denkmalpflege seit Jahre ungesetzlich. Die gesetzlichen Anforderungen würden nicht mehr erfüllt. Bei diesem Antrag handle es sich um einen Kompromiss, der von den Städten Luzern, Sempach, Sursee und Willisau sowie den Gemeinden Beromünster und Rothenburg unterstützt werde. Bis 2008 hätten die Gemeinden und der Kanton die Beiträge an die Denkmalpflege geteilt. Danach habe der Kanton die gesamte Finanzierung übernommen. Mittlerweile habe der Kanton den von den Gemeinden übernommenen Beitrag vollständig weggespart. Der Kanton zeige sich auch in diesem Bereich als kein verlässlicher Partner. Er bitte die Vertreter der genannten Gemeinden, sich zu diesem Sachverhalt zu äussern.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK vorgelegen und mit 14 zu 3 Stimmen abgelehnt worden.

Charly Freitag äussert sich als Vertreter der Gemeinden. Dieser Streichungsantrag zeige, dass der Kanton tatsächlich ein Problem habe. Im Jahr 2008 seien die Aufgaben zwischen dem Kanton und den Gemeinden neu aufgeteilt worden. Dabei sei die Denkmalpflege dem Kanton übertragen worden. Bei der Denkmalpflege stelle sich zudem die Frage nach den Subventionskrediten für denkmalgeschützte Häuser. Der Kanton habe die Subventionskredite auf den Stand von 2008 gekürzt. Deshalb brauche es in diesem Bereich eine grundsätzliche Diskussion: Seien die Auflagen zu hoch oder die Gelder zu gering? Diese Diskussion könne nicht anlässlich der Budgetdebatte geführt werden. Man befinde sich aber im Moment in einer Ausnahmesituation, was durch diese Massnahmen bestätigt werde. Den Gemeinden sei es wichtig gewesen, auf diesen Zustand hinzuweisen. Das weitere Vorgehen müsse auch im Rahmen des Konsolidierungsprogrammes 2017 angesprochen werden. Den Gemeinden sei es bewusst, dass es nicht opportun sei, die Subventionskredite anlässlich der Budgetdebatte zur Diskussion zu stellen. Deshalb hätten die Gemeinden bewusst keinen Antrag ge-

stellt, auf diese Kürzung zu verzichten. Die Situation sei störend und müsse für die Zukunft geklärt werden.

Charly Freitag lehnt den Antrag im Namen der FDP-Fraktion ab.

Inge Lichtsteiner anerkennt, dass die Denkmalpflege in der Vergangenheit bereits grosse Sparbeiträge geleistet habe. Trotzdem müsse die CVP-Fraktion den Antrag ablehnen.

Michèle Bucher unterstützt den Antrag im Namen der Grünen Fraktion. Im Gegensatz zu den letzten Jahren ziele man dieses Jahr direkt auf die Denkmalpflege. Das Budget der Denkmalpflege sei in den letzten Jahren weit über 20 Prozent gekürzt worden. Es sei bekannt, dass die zuständige Dienststelle am Limit arbeite. Die Kehrseite der Priorisierung sei die Verzichtplanung. Dadurch würden irreparable Schäden verursacht. Die Kürzung des Subventionskredites sei abzulehnen, weil im Zuge der Finanz- und Aufgabenreform die Gemeindebeiträge ab 2008 vom Kanton übernommen und der Kredit der Staatsbeiträge entsprechend erhöht worden sei. Die Gemeinden hätten gleichzeitig andere Aufgaben übernommen und würden diesen immer noch nachkommen. Der Kanton werde also nach wie vor entlastet. Die ehemaligen Gemeindebeiträge würden mit der Subventionskürzung definitiv gestrichen. Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Dieser Entscheid sei anlässlich von Leistungen und Strukturen II getroffen worden und jetzt im Budget entsprechend umgesetzt worden.

Der Rat lehnt den Antrag von Beat Züsli mit 80 zu 26 Stimmen ab.

Marcel Zimmermann stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget Kultur und Kirche wird um 400 000 Franken reduziert (Filmförderung)." Bei der Filmförderung handle es sich um eine nicht zwingend notwendige Ausgabe. Da der Rat bereits vielen Anträgen zugestimmt habe, betrage das Defizit bereits zirka 3 Millionen Franken. Deshalb müsse nun auch an Einsparungen gedacht werden.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK nicht vorgelegen.

Inge Lichtsteiner lehnt den Antrag im Namen der CVP-Fraktion ab. Es handle sich um einen schlechten Kompensationsbeitrag.

Beat Züsli lehnt den Antrag im Namen der SP-Fraktion ab. Es handle sich um einen radikalen Kürzungsantrag, die Filmförderung würde damit komplett gestrichen.

Monique lehnt den Antrag im Namen der Grünen Fraktion ab. Bei der Filmförderung hätte es zu einem Zentralschweizerischen Zusammenschluss kommen sollen, um damit auch die Finanzen zu stärken. Leider sei es nicht dazu kommen. Die Filmförderung spreche viele junge Leute an und die Zentralschweiz könne vorgestellt werden. Filme von Zentralschweizer Filmschaffenden hätten es bis ins Fernsehen geschafft. Dadurch könne das Interesse an der Zentralschweiz geweckt werden, auch bei zukünftigen Investoren.

Markus Baumann lehnt den Antrag im Namen der GLP-Fraktion ab. Anlässlich der Debatte zum Planungsbericht über die Kulturförderung des Kantons Luzern habe die GLP eine Erhöhung der kantonalen Filmförderbeiträge abgelehnt. Es wäre aber falsch und unfair, während der Budgetdebatte und ohne weitere Diskussion eine solche Streichung zu beschliessen.

Guido Müller erinnert daran, dass man in der Zwischenzeit bei einem Defizit von über 3 Millionen Franken angelangt sei. Der Antrag von Marcel Zimmermann rette das Budget zwar auch nicht, aber man solle wenigstens keinen weiteren Anträgen mehr zustimmen.

Daniel Gasser erklärt, der Kanton Luzern zahle Schweizweit die tiefsten Filmförderbeiträge. Deshalb solle der Antrag abgelehnt werden.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Die Filmförderbeiträge stammten grossmehrheitlich aus dem Lotteriefonds und seien somit nicht Gegenstand dieser Rechnung.

Der Rat lehnt den Antrag von Marcel Zimmermann mit 68 zu 31 Stimmen ab.

H4-5020-GSD–alle exkl. Sozialversicherungen

Christina Reusser und Marlene Odermatt stellen den folgenden Antrag: "

"Reusser: Auf die Massnahme „Alle Dienststellen des GSD kürzen den Personalaufwand um 5%“ ist zu verzichten. Das Globalbudget ist um 1'400'000 Franken zu erhöhen.

Odermatt: HO, H4, H5; Auf die Kürzung des Personalaufwands GSD um 5% ist zu verzichten. Das Globalbudget ist um 1'400'000 Franken zu erhöhen.

| | | | |
|-------|---------------------------|-----|-----------|
| 5010 | Stabsleistungen GSD | 109 | 90'000 |
| 5021 | Sport | 184 | 40'000 |
| 5020 | Gesundheit | 187 | 180'000 |
| 5070 | Lebensmittelkontrolle | 194 | 190'000 |
| 5080 | Veterinärwesen | 197 | 190'000 |
| 5040 | Soziales und Gesellschaft | 203 | 620'000 |
| 5050 | Wirtschaft und Arbeit | 210 | 110'000 |
| Total | | | 1'420'000 |

* -=Reduktion GB (Verb. Ergebnis); += Erhöhung GB (Verschl. Ergebnis)"

Christina Reusser erklärt, gesamthaft komme es beim GSD zu einer Kürzung von 6 Prozent im Personalaufwand. Die Grüne Fraktion lehne diese Kürzung klar ab. Die Grünen würden für eine gute Qualität und entsprechende Leistungen der Staatsangestellten einstehen. Es brauche gute Arbeitsbedingungen, damit auch das Personal motiviert sei.

Marlene Odermatt findet es falsch, dass gerade bei den beiden grössten Departementen diese generelle Kürzung von insgesamt sechs Prozent vorgenommen werde. Hier würden Einsparungen beim Weihnachtsessen oder der Weiterbildung nicht mehr ausreichen. Seit Jahren werde im Gesundheitsbereich gespart, die Ausgaben müssten gesenkt werden, die Anforderungen würden gleichzeitig steigen. Die Schmerzgrenze, vor allem für die Mitarbeitenden, sei nun erreicht. Sie hoffe, der Kanton wandle sich in der Zukunft zu einem innovativen und verlässlichen Arbeitgeber. Er müsse seine Vorzeigefunktion als Arbeitgeber wahrnehmen.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK nicht vorgelegen.

Der Rat lehnt den Antrag von Christina Reusser und Marlene Odermatt mit 79 zu 19 Stimmen ab.

H4-5020-GSD-Gesundheit

Katharina Meile stellt den folgenden Antrag: "Auf die Massnahme „Beschränkung Praxisassistentenprogramm“ ist zu verzichten. Das Globalbudget ist um 500'000 Franken zu erhöhen." Der Kanton habe zu wenig Ärztinnen und Ärzte. Immer mehr Ärzte würden ihre Praxis altershalber aufgeben, die Situation sei bereits heute prekär. Der Nachwuchs bei den Hausärzten fehle. Deshalb müsse in die Förderung investiert werden. Man könne nicht nur ausgebildete Fachkräfte aus dem Ausland anstellen. Es seien diverse Massnahmen ergriffen worden, um Ärzte zu fördern. In Luzern spreche man sogar von einer medizinischen Fakultät. Davon erhoffe man sich mehr Ärzte, speziell Hausärzte, damit auch der Bedarf auf der Landschaft abgedeckt werden könne. Mit dem Modell Praxisassistentenprogramm sollen Hausärzte gestärkt werden. Der Kanton Luzern finanziere das Programm. Eine gute Grundversorgung sei schliesslich im Interesse aller. Nun solle eine halbe Million Franken gestrichen werden. Es folge sicher das Argument, dass dieses Jahr nicht das gesamte Budget ausgeschöpft worden sei. Das stimme, aber im kommenden Jahr sehe es anders aus. Das Institut für Hausarztmedizin habe sich dieser Praxisassistentenprogramm angenommen. Neu sei ein Luzerner Curriculum für Hausarztmedizin aufgebaut worden. Dabei werde mehrmals über ein halbes Jahr in einem Spezialgebiet assistiert. Diese Erfahrung helfe bei der Tätigkeit in einer Hausarztpraxis. Deshalb werde das Angebot der Praxisassistenten vermehrt in Anspruch genommen.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK vorgelegen und mit 14 zu 3 Stimmen abgelehnt worden.

Marlene Odermatt unterstützt den Antrag im Namen der SP-Fraktion. Das neue Programm für Hausarztmedizin sei wirklich gut. Die Ärzte würden im Spital in spezialisierten Abteilungen arbeiten. Das angeeignete Wissen helfe ihnen bei ihrer späteren Tätigkeit als Hausarzt. Nun sollten beim Praxisassistentenprogramm etwa 42,5 Prozent gestrichen werden, dadurch verliere das Programm an Qualität. Dabei sei man dringendst auf junge Hausärzte angewiesen. Herbert Widmer sagt, er setze sich seit vielen Jahren für den Beruf Hausarzt ein. Die allgemeine und demografische Entwicklung im Bereich der Hausärzte würde Anlass zur Sorge geben. Die Einführung des Praxisassistentenprogrammes und die Gründung des Institutes für Hausarztmedizin seien wichtige Schritte gewesen, um den Beruf Hausarzt erhalten zu können. Die finanziellen Mittel des Programms seien dieses Jahr tatsächlich nicht ausgeschöpft worden. Mit der Implementierung des Institutes für Hausarztmedizin werde es anders, die

700000 Franken würden wahrscheinlich nicht einmal ausreichen. In der Zwischenzeit habe man bereits 25 Verträge mit Praxisassistenten abgeschlossen. Die Kosten würden je zu einem Drittel durch den Staat, das Spital und den ausbildenden Arzt getragen. Um das Projekt über die Runden bringen zu können, seien drei emeritierte Ärzte mit dem Fundraising beauftragt worden, er gehöre auch dazu. Heute sei viel über Arbeitszeiten und Unterrichtsverpflichtung gesprochen worden. Ein Praxisassistent arbeite zirka 50 Stunden, der Ausbilder zirka 70 Stunden. Im Vertrauen, dass der sehr wichtige Betrag für das Praxisassistentenprogramm bei voller Ausschöpfung der entsprechenden Stellen wieder erhöht werden könne, akzeptiere er im Sinne eines gesetzeskonformen Budgets die geplante Beschränkung für das Jahr 2016. Er werde in Zukunft alles daran setzen, dass die effektiven Kosten in späteren Budgets berücksichtigt würden, das im Sinne einer hausärztlichen Versorgung aller Patienten. Guido Roos lehnt den Antrag im Namen der CVP-Fraktion ab. Er könne dem Votum von Herbert Widmer beipflichten, und er betone, dass es sich um ein hervorragendes Programm handle. Der Gesundheits- und Sozialdirektor habe ihnen versichert, dass es sich um eine verkraftbare Kürzung handle. Allenfalls müsse ab 2017 wieder eine Anpassung vorgenommen werden.

Armin Hartmann lehnt den Antrag im Namen der SVP-Fraktion ab, obwohl es sich um ein sehr gutes Programm handle. Der Gesundheitsdirektor habe aber versichert, dass lagegerecht entschieden und die möglichen Mittel gesprochen würden.

Urs Brücker lehnt den Antrag im Namen der GLP-Fraktion ab. Der Kanton kenne als einer der wenigen Kantone keine Beschränkung dieser Praxisassistentenstellen. Der Gesundheitsdirektor habe versichert, dass 700000 Franken für das Praxisassistentenprogramm 2016 ausreichend seien.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Das Gesundheitsdepartement habe mit diesem Praxisassistentenprogramm eine gute Sache lanciert. Tatsache sei aber, dass die Mittel für 14 Stellen ausreichen würden. Je nach Situation werde die Lage neu beurteilt, da der Kanton an guten Hausärzten interessiert sei. Der Rat lehnt den Antrag von Katharina Meile mit 80 zu 24 Stimmen ab.

Katharina Meile und Marlene Odermatt stellen den folgenden Antrag: "Auf die Massnahme „Verzicht auf Aktionsprogramm Gesundheitsförderung (psychische Gesundheit)" ist zu verzichten. Das Globalbudget ist um 100'000 Franken zu erhöhen."

Katharina Meile findet es sei kurzfristig zu denken, man könne auf die Gesundheitsförderung verzichten. Das präventive Engagement im Gesundheitsbereich trage dazu bei, Krankheiten zu verhindern. So erziele man einen positiven Effekt auf die Finanzen, Kostenfolgen könnten verhindert werden. Die Gesundheitsförderung sei günstiger als teure Krankheitsbehandlungen. Im Speziellen gehe es um das Aktionsprogramm zur Gesundheitsförderung der psychischen Gesundheit. Es sei unklug in diesem Bereich Streichungen vorzunehmen, denn es sei bekannt, dass die Zahl der psychischen Erkrankungen zunehmen werde. Im Gesundheitsgesetz werde die Gesundheitsförderung unter Paragraph 45 Absatz 1 festgeschrieben.

Yvonne Zemp sagt, unzählige Studien würden die Wichtigkeit der Prävention belegen. Selbst im AFP sei die Bedeutung der Prävention explizit formuliert. Die Zahl der psychischen Erkrankungen steige. Von der vorliegenden Streichung wäre auch ein Programm für Übergewichtige betroffen. Ein Teilprojekt davon sei etwa "Luzern geht gern" gewesen. Der Kanton solle seinen Anteil zur Präventionsarbeit leisten, zusammen mit dem Bund, den Krankenversicherern und den Gesundheitsorganisationen. Der volkswirtschaftliche Schaden durch die Folgekosten infolge psychischer Krankheiten oder grossen Übergewichts sei bekannt. Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK nicht vorgelegen.

Guido Roos äussert sich zu den Anträgen 40 bis 45. Die CVP-Fraktion lehne alle sechs Anträge ab. Die Anliegen der Anträge 41 und 43 seien bereits anlässlich der Beratung des AFP diskutiert und abgelehnt worden.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Das Budget der Fachstelle Gesundheitsförderung sei angepasst worden. Das Programm "Luzern geht gern" werde eingestellt. Für Projekte solle anstelle einer Festanstellung eine Praktikumsstelle für Hochschulabsolventen geschaffen werden. An Projekten, die vom Bund lanciert würden, werde man weiterhin teilnehmen.

Der Rat lehnt den Antrag von Katharina Meile und Marlene Odermatt mit 88 zu 22 Stimmen ab.

H5-5011-GSD–Sozialversicherungen

Christina Reusser und Yvonne Zemp stellen den folgenden Antrag: "Auf die Massnahme „Kürzung des Kantonsanteils IPV“ ist zu verzichten. Das Globalbudget ist um 1'200'000 Franken zu erhöhen."

Christina Reusser fordert, dass die 1,2 Millionen Franken, die durch den Bund zurückerstattet würden, direkt in die Prämienverbilligung einfliessen sollten. Damit komme dieses Geld betroffenen Menschen aus bescheidenen finanziellen Verhältnissen zu. Der Rat spreche heute das Budget, danach lege der Regierungsrat den Kreis der Bezügerinnen und Bezüger fest. Leider würden in Zukunft immer mehr Personen infolge knapper Finanzen darauf verzichten, die Krankenkassenprämien zu bezahlen und so auf die Liste der säumigen Zahler gelangen. Deshalb sollten die 1,2 Millionen Franken wieder in die individuelle Prämienverbilligung fliessen.

Yvonne Zemp erklärt, es sei wichtig, dass der Kanton im Bereich der individuellen Prämienverbilligung Verantwortung übernehme. Durch die Sparprogramme würden noch weitere Kosten zur Krankenkasse hin verschoben. Trotz höherer Beiträge an die Spitäler würden die Prämien auch in Zukunft nicht sinken.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK nicht vorgelegen.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Der Rat lehnt den Antrag von Christina Reusser und Yvonne Zemp mit 85 zu 23 Stimmen ab.

H5-5040-GSD–Soziales und Gesellschaft

Christina Reusser und Marlene Odermatt stellen den folgenden Antrag: "Auf die Massnahme im Bereich Flüchtlingswesen „Kürzungen bei den situationsbedingten Leistungen inkl. Kurs“ ist zu verzichten. Das Globalbudget ist um 500'000 Franken zu erhöhen."

Christina Reusser erklärt, situationsbedingte Leistungen würden nur dann ausbezahlt, wenn besondere gesundheitliche, wirtschaftliche oder familiäre Umstände vorliegen würden. Dabei handle es sich um Spezialausgaben infolge Krankheit oder Behinderung oder für die Fremdbetreuung von Kindern. Anlässlich der Diskussion über die Asylstrategie sei die Übernahme dieser Kosten zugesichert worden.

Marlene Odermatt sagt, hier handle es sich um Leistungen im Zusammenhang mit der Integration. Diese sozialbedingten Leistungen würden durch die betreffenden Sozialdienste sehr genau geprüft, der Bedarf müsse klar ausgewiesen sein. Es sei falsch, im Bereich der Integration zu sparen.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK nicht vorgelegen.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Man habe Hinweise erhalten, wonach die Ausrichtung dieser Beiträge an Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene sehr grosszügig gehandhabt werde. Zudem fehle ein entsprechendes Controlling.

Der Rat lehnt den Antrag von Christina Reusser und Marlene Odermatt mit 84 zu 23 Stimmen ab.

Christina Reusser und Susanne Truttman stellen den folgenden Antrag: "Auf die Massnahme „lineare Kürzung SEG-Pauschale von 1%“ ist zu verzichten. Das Globalbudget ist um 700'000 Franken zu erhöhen."

Christina Reusser sagt, der Regierungsrat begründe die vorliegende Kürzung damit, dass die bereits beschlossene Kürzung von 2 Prozent noch nicht erreicht worden sei. Eine Senkung der Kosten im SEG-Bereich sei aber bereits erfolgt. Die SEG-Institutionen müssten also zusätzlich 1 Prozent mehr als ursprünglich beschlossen sparen. Eine weitere Begründung laute, dass beim Kanton eine Kürzung von 1 Prozent beim Personalaufwand erfolgt sei, diese Massnahme solle auch bei den SEG-Institutionen zur Anwendung kommen. Der Kanton habe damit eine Planungsunsicherheit bei den SEG-Institutionen ausgelöst. Der Sparvorschlag ziele ins Leere.

Susanne Truttman zählt die wichtigsten Ziele und Aufgaben der SEG-Institutionen auf. Weitere Ausführungen zu diesem Antrag würden von Andy Schneider folgen.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK nicht vorgelegen.

Claudia Huser unterstützt den Antrag im Namen der GLP-Fraktion. Die SEG-Institutionen hätten bereits anlässlich von Leistungen und Strukturen II einen grossen Beitrag mittels Effizienzsteigerungen geleistet. Wie es sich gezeigt habe, seien einige Institutionen dadurch an ihre Grenzen gelangt. Eine weitere lineare Kürzung von einem Prozent analog zur Verwaltung, komme für die GLP nicht in Frage. Man könne die Arbeitszeit der Verwaltung nicht mit einem 24-Stundenbetrieb im Bereich der Behindertenbetreuung vergleichen.

Andy Schneider erklärt, er habe zwei SEG-Institutionen besucht, um sich selber ein Bild machen zu können. Sowohl die Leitungs- wie auch die Lehr- und Betreuungspersonen würden diese anspruchsvolle Aufgabe mit grossem Engagement leisten und dadurch die Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen verbessern. Diesen Personen gebühre unser aufrichtiger Dank. Mit dieser zusätzlichen Kürzung von einem Prozent durch den Kanton sei nicht zu rechnen gewesen. Er zitiere deshalb eine Leitungsperson: "Wir fordern endlich eine längerfristige Finanzplanung, damit wir nicht von Budget zu Budget so kurzfristig mit Sparmassnahmen konfrontiert werden und diese ebenso kurzfristig umsetzen müssen, was kaum möglich ist. Längerfristige Pläne ermöglichen uns, diese in unsere Mehrjahresplanung miteinzu beziehen." Die SEG-Institutionen würden grössere Aufmerksamkeit verdienen. Sparen bedeute, etwas zurücklegen. Hier würden aber Leistungen beim Personal, den Klassengrössen, den Lektionenzahlen pro Klasse und den zentralen Diensten der einzelnen Institutionen abgebaut. Gleichzeitig werde der Leistungsauftrag stetig erhöht und die Belastung für das Personal steige. Die Attraktivität dieser Arbeitsplätze schwinde und Neueinstellungen von Fachpersonen würden verunmöglicht, weil sich niemand mehr auf Stelleninserate melde. Viele Eltern mit behinderten Kindern würden an ihre Leistungsgrenzen stossen, da die Abbaumassnahmen zu einer massiven Kürzung bei der Wochenend- und Ferienbetreuung geführt hätte.

David Roth sagt, alle Parteipräsidenten des Kantons seien zu einem Besuch einer heilpädagogischen Schule eingeladen worden, um sich selber ein Bild machen zu können. Die SP sei als einzige Partei dieser Einladung nachgekommen. Anlässlich dieses Besuches habe er einen Jungen mit einer Mehrfachbehinderung kennengelernt. Dieser Junge benötige tagsüber die volle Aufmerksamkeit, in der Nacht sei er auf eine Betreuungsperson angewiesen. Eltern solcher Kinder würden eine enorme Arbeit leisten. Gerade deshalb sei die Wochenend- und Ferienbetreuung enorm wichtig. Infolge der letzten Sparmassnahmen sei die Betreuung von 116 auf 52 Tage gekürzt worden. Eine weitere Kürzung betreffe erneut solche Familien.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Die Sachverhalte bestreite niemand. Das GSD stehe mit allen SEG-Institutionen in gutem und engem Kontakt. Anlässlich von Leistungen und Strukturen II sei bei den SEG-Institutionen eine Kürzung von zwei Mal 2,5 Prozent beschlossen worden. Die nun verlangte Kürzung von einem Prozent sei Teil dieser bereits beschlossenen Kürzung. Die Regierung sei sich ihrer Verantwortung bewusst, aber auch in heikleren Bereichen müssten Anpassungen vorgenommen werden. Beim Kernpersonal der Verwaltung habe man eine Kürzung von einem Prozent beim Personalaufwand als vertretbar erachtet. Es wäre schwierig zu erklären, warum dies bei ausgelagerten Einheiten nicht möglich sein sollte.

Der Rat lehnt den Antrag von Christina Reusser und Susanne Truttman mit 64 zu 39 Stimmen ab.

Christina Reusser stellt den folgenden Antrag: "Auf die Massnahme „Kürzung Projektaufwand Gesellschaftsfragen“ ist zu verzichten. Das Globalbudget ist um 100'000 Franken zu erhöhen." Ein Projekt der Fachstelle Gesellschaftsfragen sei etwa die Erarbeitung des kantonalen Kinder- und Jugendleitbildes und die Gründung des Jugendparlaments gewesen. Mit der geplanten Kürzung könnten solche Projekte nicht mehr initiiert werden. Das Jugendparlament werde künftig durch den Lotteriefonds finanziert. Es wäre aber wichtig, dass die Fachstelle Gesellschaftsfragen solche Projekte über ihr eigenes Budget finanzieren könne. Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK nicht vorgelegen.

Claudia Huser unterstützt den Antrag im Namen der GLP-Fraktion. Sie könne den Ausführungen von Christina Reusser nur beipflichten.

Marlene Odermatt unterstützt den Antrag im Namen der SP-Fraktion. Die Fachstelle Gesellschaftsfragen arbeite zukunftsorientiert und pflege gute Kontakte mit den Gemeinden und den verschiedensten Fachorganisationen.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Es gehe hier nicht etwa um die Schliessung des Jugendparlaments. Zukünftige Projekte könnten weiterhin unterstützt werden, die notwendigen Mittel dazu seien vorhanden. Der Rat lehnt den Antrag von Christina Reusser mit 79 zu 25 Stimmen ab.

Marlene Odermatt stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget sei um 1'500'000 Franken zu erhöhen. Auf das Einfrieren der Asylfürsorge auf dem Stand 2014 wird verzichtet." Natürlich könne das Globalbudget im Bereich der Asylfürsorge eingefroren werden, man müsse aber jetzt schon mit einem entsprechenden Nachtragskredit rechnen. Europa sei von einer Flüchtlingswelle betroffen, die Schweiz spüre davon, im Gegensatz zum nahen Ausland, noch relativ wenig. Diese geplante Kürzung sei nicht realistisch, sie verschönere lediglich das Budget.

Die Vizepräsidentin der PFK, Inge Lichtsteiner, erklärt, dieser Antrag sei der PFK nicht vorgelegen.

Claudia Huser lehnt den Antrag im Namen der GLP-Fraktion ab. Die Kosten im Asylwesen seien sehr schwierig einzuschätzen, da sie von der aktuellen Weltlage abhängig seien.

Christina Reusser unterstützt den Antrag im Namen der Grünen Fraktion. Die Budgetierung auf dem Stand von 2014 sei nicht realistisch, ein Nachtragskredit zeichne sich schon im Voraus ab.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Es sei sehr schwierig, diese Budgetposition festzusetzen. Man wisse nicht, welche Kosten im Asylbereich tatsächlich auf den Kanton zukommen würden.

Der Rat lehnt den Antrag von Marlene Odermatt mit 85 zu 22 Stimmen ab.

H6-BUWD

Yvonne Hunkeler stellt den folgenden Antrag:

"Der Personalaufwand wird in allen Aufgabenbereichen mit Ausnahme der spezialfinanzierten Rechnungen Strassen und zentras gegenüber 2015 um 5 % reduziert. (*Reduktion Aufwand Verwaltungs- und Betriebspersonal in allen Aufgabenbereichen im gleichen Umfang. Im BUWD zusätzliche Reduktion in H0-2010, H7-2030, H7-2040, H7-2053 und H8-2020.*)"

| AB-Nr | AB-Bezeichnung | Seite | Veränderung Globalbudget 2016* |
|-------|-------------------------|-------|--------------------------------|
| 2010 | Stabsleistungen BUWD | | -90'000 |
| 2020 | Landwirtschaft und Wald | 237 | -410'000 |
| 2030 | Raum und Wirtschaft | 226 | -420'000 |
| 2040 | Umwelt und Energie | 229 | 30'000 |
| 2053 | Naturgefahren | 233 | 50'000 |

* -=Reduktion GB (Verb. Ergebnis); += Erhöhung GB (Verschl. Ergebnis)"

Der Rat lehnt den Antrag von Yvonne Hunkeler mit 79 zu 30 Stimmen ab.

H7-2040-BUWD-Umwelt und Energie

Die PFK stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget sei um 200'000 Franken zu reduzieren. (*Die Altlastensanierung wird gestreckt.*)"

Andreas Hofer und Hasan Candan lehnen den Antrag der PFK ab.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei in der PFK entstanden und mit 8 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltung überwiesen worden.

Andreas Hofer sagt, man könne zwischen zwei Varianten wählen. Entweder streiche man die 200000 Franken, nehme keine Altlastensanierung vor, riskiere damit eine Umweltverschmutzung und überlasse die Kosten der nächsten Generation. Oder man investiere die 200000 Franken und könne dadurch die Altlasten sanieren. Bei Altlastensanierungen übernehme der Bund in der Regel 40 Prozent der Kosten. Zudem würden solche Aufträge durch einheimisches Gewerbe ausgeführt.

Hasan Candan schliesst sich dem Votum von Andras Hofer an. Gestern habe die Mehrheit des Parlaments die Gesundheit der Luzerner Bevölkerung hoch gewichtet, er hoffe, dem sei heute auch noch so.

Adrian Nussbaum unterstützt den Antrag der PFK im Namen der CVP-Fraktion. Die Erstreckung der 200000 Franken über ein Jahr sei vertretbar.

Armin Hartmann unterstützt den Antrag der PFK im Namen der SVP-Fraktion. Den Zeitpunkt der Sanierung entscheide bei privaten Grundstücken der Eigentümer selber. Bei Schiessanlagen sei dies nicht der Fall, diese müssten im Fall einer Schliessung saniert werden. In der Regel handle es sich dabei um einen Konkurs der Anlage und der Kanton müsse die Kosten übernehmen. In diesem Fall würden der Kanton und die entsprechende Gemeinde zusammen bestimmen, wann die Altlastensanierung durchgeführt werden solle. Insofern bestehe ein gewisser Handlungsspielraum. Die 200000 Franken würden sich auf diesen Handlungsspielraum beziehen, diesen solle man ausnutzen.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Er gebe Armin Hartmann bezüglich der Schiessstände recht. In der Mehrheit sei es aber doch der private Grundeigentümer, der über den Zeitpunkt der Sanierung entscheide. Der Kanton sei in diesem Fall zahlungspflichtig. Er sehe aber eigentlich keinen Grund, warum bei der Sanierung von Schiessständen zugewartet werden sollte.

Der Rat stimmt dem Antrag der PFK mit 92 zu 20 Stimmen zu und lehnt somit den Antrag von Andreas Hofer und Hasan Candan ab.

Marcel Zimmermann stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget Umwelt und Energie wird um 500 000 Franken reduziert (Energieförderprogramm)." Dieser Sparvorschlag wirke unmittelbar und richte keinen grossen Schaden an. Wolle man das Budget noch retten, müssten jetzt tatsächlich Einsparungen vorgenommen werden.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, man habe zwar in der PFK über eine solche Kürzung diskutiert, es sei aber kein entsprechender Antrag eingereicht worden. Andreas Hofer lehnt den Antrag im Namen der Grünen Fraktion ab. Die Energiewende werde kommen, auch wenn die Entwicklung noch verzögert werden könne. Die Schweiz kaufe jedes Jahr etwa für fast 13 Milliarden Franken Energieträger im Ausland ein. Unsere Umwelt werde weithin mit fossilen Energieträgern verpestet. Dies sei weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll. Der Kanton Luzern solle seinen Energieumbau möglichst rasch in Angriff nehmen. Dabei bleibe die Wertschöpfung dem Kanton erhalten und es würden Arbeitsplätze entstehen. Deutschland weise zum ersten Mal überhaupt eine tiefere Arbeitslosenzahl als die Schweiz aus, weil in den letzten Jahren Hunderttausende von Arbeitsplätzen im Cleantechbereich geschaffen worden seien. Die Schweiz sei Nahe daran, diese Entwicklung zu verschlafen. Es brauche einen Staat, der Anschubfinanzierungen leiste. Die Politik müsse Förderprogramme beschliessen.

Urs Brücker lehnt den Antrag im Namen der GLP-Fraktion ab. Auch der Klimafrage müsse trotz des Sparauftrages Rechnung getragen werden. Das Energieförderprogramm sei im Budget 2016 bereits um 1,2 Millionen Franken gekürzt worden. Eine zusätzliche Kürzung von 500000 Franken komme deshalb nicht in Frage.

Hasan Candan lehnt den Antrag im Namen der SP-Fraktion ab. Dieser Antrag sei auch der Fachkommission nicht vorgelegen. Seit 2013 seien beim Energieförderprogramm laufend Einsparungen vorgenommen worden.

Yvonne Hunkeler lehnt den Antrag im Namen der CVP-Fraktion ab. Das Energieförderprogramm sei bereits um 37 Prozent gekürzt worden. Eine weitere Kürzung wäre nicht seriös. Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Eine weitere Kürzung komme in diesem Bereich nicht in Frage.

Der Rat lehnt den Antrag von Marcel Zimmermann mit 76 zu 36 Stimmen ab.

H8-2020-BUWD–Landwirtschaft und Wald

Hasan Candan stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget sei um 400'000 Franken zu erhöhen. Auf die Kürzung im Bereich „Aktionsprogramm Biodiversität / Management Konfliktarten / Umsetzung Gewässerschutz“ ist zu verzichten." Die Biodiversitätsstrategie sei vom eidgenössischen Parlament absegnet worden. Jetzt laufe die Vernehmlassung des Aktionsplanes. Der Bund verlange von den Kantonen, die entsprechenden finanziellen Mittel bereitzustellen. 2017 seien 5,8 Millionen Franken, 2018 6,1 Millionen Franken und 2019 7 Millionen Franken geplant. In den kommenden Jahren müsse der Kanton einen Beitrag von etwa 20 Millionen Franken leisten. Bei den zu leistenden Beiträgen seien aber Anpassungen vorgenommen worden. Er möchte vom Finanzdirektor wissen, ob dieses Vorgehen noch einer richtigen Rechnungslegung entspreche.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK nicht vorgelegen.

Im Namen des Regierungsrates erklärt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann, die Rechnungslegung werde gewahrt. Die jetzt eingestellte Zahl sei vertretbar. Das Bundesparlament habe zwar die gesetzliche Grundlage gelegt, aber der Massnahmenplan sei noch nicht verabschiedet worden. Deshalb komme es 2016 zu Verzögerungen. Im AFP werde danach wieder mehr eingestellt, da man jetzt schon wisse, dass der Bund die Beiträge erhöhen werde. Der Rat lehnt den Antrag von Hasan Candan mit 93 zu 22 Stimmen ab.

Fraktionserklärungen/Ordnungsanträge

Im Namen der FDP-Fraktion erklärt Andres Moser, die Genehmigung eines gesetzeskonformen Budgets habe für die FDP allererste Priorität. Deshalb habe sich die FDP trotz einschneidender Massnahmen klar für das von der Regierung vorgelegte Budget 2016 entschieden. Sie sei überzeugt, dass dies der zielführende und richtige Weg in die Zukunft sei. Das Parlament habe eine Gesamtverantwortung zu tragen. Aus ihrer Sicht sei es falsch gewesen, einzelne Bereiche bei Bildung, Familie und Polizei aus dem Massnahmenpaket herauszuberechnen und diese Gruppen zu schonen und dann, mit der "Rasenmähermethode" diese Ausfälle mit Massnahmen zu kompensieren, die nicht mehrheitsfähig gewesen seien. Die CVP, die SVP und die FDP hätten erklärt, dass sie ein gesetzeskonformes Budget wollten. Darin herrsche Einigkeit. Über den Weg dazu seien die Vorstellungen an dieser Budgetdebatte sehr unterschiedlich gewesen. Angesichts des aktuellen Fehlbetrags sei das Gelingen stark gefährdet. Er rufe deshalb alle Parteien, die wirklich ein Budget wollten, dazu auf, sich jetzt zusammenzuraufen und einen gangbaren gemeinsamen Weg zu finden. Die FDP sei bereit dazu Hand zu bieten. Ohne ein gesetzeskonformes Budget erweise man den Bürgern einen Bärendienst und der Kanton sei nicht handlungsfähig. Deshalb müssten jetzt Lösungen gefunden werden. Er stelle daher den folgenden Ordnungsantrag: Die Beratung zum Budget 2016 solle mit einem Timeout unterbrochen werden. Die Beratung solle am Montag, 7. Dezember 2015 um 9.00 Uhr fortgesetzt werden. Die gewonnene Zeit solle genutzt werden, damit die Regierung in Ruhe Vorschläge zuhanden des Kantonsrates ausarbeiten könne, um das sich abzeichnende Delta für ein gesetzeskonformes Budget zu beheben.

Im Namen der SP-Fraktion stellt Ylfete Fanaj den Antrag, dass die Beratung zum Budget für eine halbe Stunde unterbrochen werden solle. Es würden bereits alle Fakten auf dem Tisch liegen. Man spreche von einem Fehlbetrag von 3'885'750 Franken. Die PFK habe einen entsprechenden Kompensationsantrag vorbereitet. Die SP-Fraktion sehe noch weitere Kompensationsmöglichkeiten. Eine zusätzliche Woche für weitere Beratungen sei aber nicht notwendig, eine halbe Stunde reiche aus.

Im Namen der Grünen Fraktion beantragt Monique Frey eine kurze Pause von zehn Minuten, um in den Fraktionen besprechen zu können, welcher der beiden Ordnungsanträge vorzuziehen sei. Die Grüne Fraktion habe zusammen mit der CVP diverse Erhöhungen abwenden können. Dafür hätten andere einschneidende Kürzungen in Kauf genommen werden müssen. Nicht alle würden über eine Lobby verfügen.

Im Namen der SVP-Fraktion erklärt Guido Müller, die Regierung habe ein gesetzeskonformes Budget zur Beratung vorgelegt. Die SVP habe immer betont, dass sie das Budget als gesamtes Paket verabschieden wolle. Nun sei dieses Paket aufgeschnürt worden. Die SVP habe verschiedenen Massnahmen entgegen ihrer Meinung zugestimmt, was man ihr ja auch einige Male vorgeworfen habe. Bevor über die beiden Ordnungsanträge entschieden werden könne, müssten einige Fragen geklärt werden. Er möchte vom Finanzdirektor wissen, wie hoch der Fehlbetrag aktuell sei. Zudem möchte er vom Regierungsrat wissen, ob er konkrete Vorschläge zum Ausgleich dieses Fehlbetrags habe und ob bereits heute darüber befunden werden könne. Zu einer Lockerung der Schuldenbremse, wie von den Grünen gefordert, sei die SVP-Fraktion nicht bereit. Der Rat habe als gesetzgebende Behörde eine Vorbildfunktion.

Im Namen der GLP-Fraktion erklärt Michèle Graber, es sei schlimm, diesem Budget zustimmen zu müssen, aber noch schlimmer wäre es, 2016 gar kein Budget zu haben. Einigen Massnahmen habe die GLP entgegen ihrer Meinung zugestimmt, weil sie ein gültiges Budget höher gewertet habe. Sowohl in der Wirtschaft wie auch bei den Gemeinden und in der Gesellschaft könne eine budgetlose Zeit einen grossen Schaden verursachen. Geplante Projekte und Aufträge würden für eine unbestimmte Zeit sistiert. Die Regierung könnte zwar einen

neuen Voranschlag erarbeiten, aber die heutige Debatte würde sich einfach wiederholen. Die Verwaltung könne ihre Ressourcen besser nutzen, gerade im Hinblick auf das Konsolidierungsprogramm KP 17. Die GLP werde keine weiteren Kompromisse eingehen, ohne die Auswirkungen der geplanten Massnahmen genauer zu kennen. Die GLP-Fraktion schliesse sich deshalb dem Antrag der FDP-Fraktion an, die Debatte bis zum nächsten Montag zu vertagen.

Im Namen der CVP-Fraktion erklärt Ludwig Peyer, die CVP habe in der AFP- und Budgetdebatte Akzente gesetzt. Sie habe damit inhaltliche Politik betrieben. Die CVP habe mögliche Kompensationsmassnahmen angeboten, die jedoch im Rat keine Mehrheit gefunden hätten. Bei der CVP sei der Wille vorhanden, ein gesetzeskonformes Budget zu verabschieden. Um entsprechende Vorschläge ausarbeiten und prüfen zu können, werde aber Zeit benötigt. Deshalb stimme die CVP-Fraktion einem Timeout bis nächsten Montag zu.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, die PFK habe dem Rat ein gesetzeskonformes Budget vorgelegt. Nun sei es Sache der Fraktionsvorsitzenden und nicht der PFK, über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

Im Namen des Regierungsrates erklärt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann, er könne den fehlenden Betrag nicht auf den Franken genau beziffern. Der Antrag 10 in der Höhe von 1,75 Millionen Franken sei noch offen. Falls dieser Antrag überwiesen werde, fehlten noch rund 2,5 Millionen Franken. Es handle sich nicht einmal um ein Promille des Staatshaushaltes. Er sei deshalb überzeugt, dass sich eine Lösung finden lasse, konkrete Vorschläge würden aber noch nicht vorliegen. Deshalb unterstütze er im Namen des Regierungsrates den Antrag der FDP-Fraktion, die Budgetdebatte am nächsten Montag, 7. Dezember 2015 um 9.00 Uhr weiterzuführen. Die Regierung erhalte so die Gelegenheit, eine Lösung auszuarbeiten und diese rechtzeitig mit den Fraktionsvorsitzenden zu besprechen.

Der Rat stimmt dem Antrag der FDP-Fraktion mit 84 zu 32 Stimmen zu. Deshalb unterbricht der Rat an dieser Stelle die Beratung über den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2016–2019 und fährt mit der Detailberatung an der Vormittagssitzung vom 7. Dezember 2015 um 9.00 Uhr weiter.